



**Deutscher Landkreistag:
Kommunale Spitzenverbände nach Gespräch mit der Bundeskanzlerin
„Menschen müssen Verbesserungen vor Ort spüren, damit gleichwertige
Lebensverhältnisse näher rücken“**

Die kommunalen Spitzenverbände haben sich in einem Gespräch mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Bundesinnenminister Horst Seehofer, Kanzleramtsminister Prof. Dr. Helge Braun und Staatsminister Dr. Hendrik Hoppenstedt über Themen ausgetauscht, die für die Städte, Landkreise und Gemeinden aktuell von besonderer Bedeutung sind.

Nach dem Treffen erklärten die Präsidenten des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Oberbürgermeister Markus Lewe (Münster), Landrat Reinhard Sager (Kreis Ostholstein) und Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl (Abensberg): „Wir hatten ein gutes Gespräch und wir haben natürlich die Gelegenheit genutzt, wichtige Anliegen der Kommunen darzustellen und unsere Positionen deutlich zu machen. Die Bandbreite der Themen reichte von gleichwertigen Lebensverhältnissen und Breitbandausbau über Ganztagsbetreuung für Schulkinder bis hin zur Finanzierung der mit dem Flüchtlingszuzug verbundenen Kosten.“

Gleichwertige Lebensverhältnisse

Die kommunalen Spitzenverbände arbeiten intensiv in der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse mit. Sie haben in dem Spitzengespräch erläutert, was sie vor allem erhoffen: „Durch die Kommission ist die Erwartung geweckt worden, dass die Politik stärker auf Chancengerechtigkeit zwischen wirtschaftsstarken und strukturschwachen Kommunen achten muss. Wir appellieren

**Informationsreihe des Landkreistages Rheinland-Pfalz
Nr. 10**

deshalb an die Bundesregierung, substantielle Verbesserungen auf den Weg zu bringen, die für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort und ihre Kommunen spürbar werden. In weiten Bereichen haben wir kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem“, sagten die Präsidenten Lewe, Sager und Brandl.

„Die vielfältigen Debatten und Anliegen in den sechs Arbeitsgruppen der Kommission müssen am Ende klug zusammengeführt werden. Und die Bundesregierung wird auch zusätzliche Steuermittel bereitstellen müssen, damit geweckte Erwartungen erfüllt werden können. Die Probleme und Möglichkeiten der Kommunen sind häufig sehr unterschiedlich, zum Beispiel weichen Zukunftschancen junger Menschen in einzelnen Gebieten stark voneinander ab. Daher unterscheiden sich die Herausforderungen, vor denen die jeweiligen Städte, Landkreise und Gemeinden stehen“, erklärten die Präsidenten.

Ein Baustein für gleichwertige Lebensverhältnisse ist schnelles Internet: „Eine gute Breitband- und Mobilfunkversorgung ist heute das A und O. Die Menschen und Betriebe sind überall in unserem Land auf moderne und leistungsstarke Telekommunikationsnetze angewiesen. Deshalb müssen Lücken in der Versorgung geschlossen, der Ausbau auf Gigabitniveau vorangetrieben und ein schneller und flächendeckender Ausbau beim Mobilfunk auf 5G gewährleistet werden“, so Lewe, Sager und Brandl.

(Es handelt sich hierbei um einen Auszug aus einer gemeinsamen Pressemitteilung der Bundesvereinigungen der kommunalen Spitzenverbände)